

Schriftenreihe der Sektion
Politische Theorien und Ideengeschichte in der
Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

Herausgegeben von
Prof. Dr. Rainer Schmalz-Bruns
PD Dr. Harald Bluhm

Band 6

Anna Geis (Hrsg.)

Den Krieg überdenken

Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse

 **Nomos**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8329-1323-8

1. Auflage 2006

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Klaus Schlichte

Neue Kriege oder alte Thesen?

Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft

Einleitung

Kaum ein Thema kann mit so viel Publikum rechnen wie der Krieg. Das galt im deutschen Sprachraum nicht nur für Werke, die auf so unterschiedliche Weise mit den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs umgingen wie Erich Ludendorffs „Kriegserinnerungen“ und Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“. Die Faszination der Gewalt und die Existenzialität der Gewalterfahrungen haben auch dazu geführt, dass bis in die Gegenwart für unterschiedlich seriöse Literatur über die Schlachten und Streitkräfte des Zweiten Weltkriegs ein nach wie vor breiter Absatzmarkt besteht.

Durch die Anschläge am 11. September 2001 und ihre nachfolgende Behandlung durch Politik und Medien, aber auch schon durch das zuvor wachsende Interesse an der Thematik von Krieg und Frieden bietet sich nun auch für wissenschaftliche Publikationen ein einzigartiger Resonanzboden.¹ Das ist ein Hintergrund der Diskussion um „neue Kriege“. Ein anderer, besonders deutscher Hintergrund ist der, dass mit der veränderten sicherheitspolitischen Diskussion ein breiteres Informations- und Orientierungsbedürfnis aufgetreten ist, das sich nicht auf sicherheitspolitische Kreise beschränkt, sondern weite Teile der Öffentlichkeit erfasst hat.

Doch nicht weniger als die Diskussionen, die bereits in den 1990er Jahren über die wieder entdeckte Wirklichkeit und Gegenwart des Krieges einsetzten, leidet die aktuelle Debatte an Vereinfachungen und Zuspitzungen, die einer sachgerechten und realitätsnahen Politik im Umgang mit Gewaltkonflikten entgegenstehen. Im Folgenden stehen daher einige der Thesen dieser neueren Beiträge im Mittelpunkt, die aus der Sicht der Kriegsursachenforschung und der soziologischen Analyse von Akteuren in zeitgenössischen Kriegen kritisiert werden sollen. Der dabei vertretene Standpunkt lässt sich wie folgt umreißen:

In der Interpretation des globalen Kriegsgeschehens werden alte binäre Codierungen durch neue ersetzt. Kämpften in den 1950er und 1960er Jahren „Befreiungsbewegungen“ gegen den „Kolonialismus“, so waren es den gängigen Interpretationen zufolge in den 1980er und 1990er Jahren „sozialistische“ Regierungen oder Rebellen gegen „demokratische“ Regierungen oder Rebellen. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat der Code gewechselt, aber binär ist er geblieben: Entweder subsumieren heutige Autoren alle Kriege einem neuen Paradigma, demzufolge Kriegs-

¹ Die Zahl der Publikationen allein auf Deutsch ist enorm, vgl. z.B. Azzellini/Kanzleiter (2003), Leidenmüller (2003), Ramonet (2002), Ruf (2003), Zangl/Zürn (2003).

parteien sich nach „Habgier oder Sorge“ als handlungsleitendem Motiv unterscheiden ließen, oder sie behaupten einen Unterschied zwischen „alten“ und „neuen“ Kriegen.

Beide Sichtweisen ersetzen das Analyseraster des Ost-West-Konflikts durch analoge Vereinfachungen. Diese jüngeren Diskussionen führen jedoch nicht zu einem verbesserten Verständnis der sich nur langsam wandelnden Gewaltphänomene, sondern sie lassen sich eher lesen als Beiträge zur Etablierung einer „legitimen Problematik“, in der sich politische Ordnungsvorstellungen und theoretische Haltungen vermischen.²

Zur Erläuterung des Standpunkts werden im Folgenden zunächst drei Hauptströmungen der Debatte um „neue Kriege“ identifiziert. Daran anschließend werden drei zentrale Thesen dieses Diskurses mit drei Gegenthesen konfrontiert. Im dritten Teil dieses Textes geht es um die Frage, was man aus der Debatte lernen kann, und was sie für die weitere Theorieentwicklung bedeutet. Dies ist auch mit einem Plädoyer für alte Thesen verbunden.

1. Die neuen Thesen zur Gegenwart des Krieges

In den Diskussionen um die Interpretation des weltweiten Kriegsgeschehens haben sich in den vergangenen zehn Jahren drei neue Positionen herausgebildet, die ich kurz skizzieren möchte. Dies sind zunächst ein „pessimistischer Kulturalismus“, zweitens ein „utilitaristischer Ökonomismus“ und drittens die These von der „Entstaatlichung der Gewalt“. Die drei Positionen sind nicht ganz trennscharf, denn sie nehmen wechselseitige argumentative Anleihen, aber ihre Akzentuierungen sind recht unterschiedlich.

Die *erste* dieser Strömungen, der „pessimistische Kulturalismus“ wird vor allem von publizistischen Autoren vertreten. In den Wissenschaften findet diese Position wenig Unterstützung. Autoren wie Robert Kaplan (1994, 1996) und Hans Magnus Enzensberger (1995) sind typische Vertreter dieser Richtung. In ihren Werken wird die Bedrohung des Weltfriedens, aber auch des Friedens im Innenraum bisher friedlicher Gesellschaften, durch wachsende Anomie behauptet. Das Bevölkerungswachstum, die Knappheit von ökonomischen Ressourcen und der Zerfall von sozialen und politischen Institutionen verbinden sich in der Wahrnehmung dieser Apokalyptiker zu einer wachsenden Kriminalisierung und Gesetzlosigkeit in den unterschiedlichsten Gegenden der Welt. Vor allem eine zunehmend gewaltbereite Jugend macht dieser Interpretation zufolge die Welt unsicher. In den Kriegen der Gegenwart

2 Eine Reihe der hier genannten Argumente sind von erfahrenen Kriegsforschern schon vorgebracht worden, vgl. Gantzel (2002), Kalyvas (2001, 2003), Marchal (2000; 2003), Marchal/Messiant (2001). Kritik an der These der „neuen Kriege“ findet sich, mit umfangreichen Hinweisen auf entsprechende Forschungsergebnisse, bei Kahl/Teusch (2004) und Chojnacki (2004).

beobachten die Autoren dieser Richtung zudem eine zunehmende Barbarisierung der Gewaltpraktiken. Die pessimistische Einschätzung über die Zukunft vieler Übergangsgesellschaften verbindet sich mit kulturalistischen Ideen, wie sie Samuel Huntington (1993, 1996) in der Debatte um Konflikte der Gegenwart entwickelt hat. Demnach sind manche Regionen durch spezifische kulturelle Züge besonders gewaltgeneigt.

Die *zweite* Strömung vertritt einen utilitaristischen Ökonomismus (Collier/Hoeffler 2002; Berdal/Malone 2000). Sie konzentriert sich vorwiegend auf die politische Ökonomie von Kriegen. Demnach sind es vor allem Rentenökonomien, in denen kriegerische Gewalt auftritt. Erklärt wird sie hier aus dem Bereicherungsmotiv der Kriegführenden: „Rebellion is large-scale predation of productive economic activity“ (Collier 1999: 170). Die Erklärung für innerstaatliche Kriege besteht hier wesentlich in der These, dass Rentenstaaten spezifische Handlungsanreize für Gewaltakteure bieten, da die Übernahme der Staatsmacht durch Gewalt direkten Zugang zu materiellen Ressourcen eröffne.

Die *dritte* Position, um die es im Folgenden hauptsächlich gehen soll, vertritt die These vom neuen Charakter der Kriege der Gegenwart am prononciertesten. Die „neuen Kriege“ sollen sich von den Kriegen der Vergangenheit durch eine Reihe von Merkmalen unterscheiden, die teils von den beiden vorgenannten Positionen übernommen werden, teils hinzukommen. Übernommen werden die Thesen vom unpolitischen Charakter der handlungsleitenden Motive der Kriegakteure und von der zunehmenden Barbarisierung der Gewaltpraktiken. Hinzu kommt vor allem die Beobachtung des zunehmend nichtstaatlichen Charakters der „neuen“ Kriege. Im Folgenden werden die Thesen der letzten Position näher betrachtet und mit Gegenthesen konfrontiert. Auf die ersten beiden Positionen wird dabei nur insoweit eingegangen, wie ihre Argumente in der letzteren als Argumente Verwendung finden.

2. Drei Thesen und drei Gegenthesen

These 1: Entstaatlichte Gewalt

Das „Neue“ der Kriege besteht in ihrem entstaatlichten Charakter. Nicht mehr der Krieg zwischen Staaten, sondern die Proliferation von nichtstaatlichen Akteuren prägt das Gesicht der kriegerischen Gewalt in der Gegenwart.

Gemäß dieser These lässt sich am gegenwärtigen Kriegsgeschehen die Auflösung dessen erkennen, was Martin van Creveld (1998: 64-74) in Anlehnung an Clausewitz den „trinitarischen Krieg“ nennt. Dieser Vorstellung zufolge sind die Regierungen die Souveräne des Krieges, die ihre Armeen als Mittel einsetzen, die von der dritten Größe, dem am Krieg unbeteiligten Volk, zu unterscheiden seien. Regierung, Armee, Volk – diese Dreiteilung sei in den laufenden Kriegen immer weniger zu beobachten, stattdessen sei eine „Entstaatlichung des Krieges“ (Münkler 2002: 33) erkennbar. All jene Grenzziehungen, die den klassischen Krieg kennzeichneten, wie die zwischen Kombattanten und Zivilisten, zwischen eigenem und fremden Territo-

rium, zwischen Ökonomie und Politik, und eben auch zwischen Regierung, Armee und Volk oder Bevölkerung, schwänden dahin und seien für die Realität des Krieges immer weniger maßgeblich.³

Gegenthese 1: Die lange Kontinuität der Formen

Die Nichtstaatlichkeit von Krieksakteuren ist kein neues Phänomen. Seit dem Zweiten Weltkrieg wird das globale Kriegsgeschehen von innerstaatlichen Kriegen dominiert, in denen die Zuschreibung des Attributs „staatlicher Akteur“ schon in vielen Fällen zweifelhaft war.

Der These von der Entstaatlichung des Krieges ist zunächst entgegen zu halten, dass sich zumindest nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten Kriegen keineswegs überwiegend organisierte staatliche Akteure gegenüberstanden. Vielmehr sind in der größten Zahl der Kriege nach 1945 mindestens auf einer Seite nichtstaatliche Akteure beteiligt. Das gilt für das Gros des Kriegsgeschehens dieses Zeitraums, das zu zwei Dritteln von innerstaatlichen Kriegen in den Regionen der ehemals so genannten Dritten Welt ausgemacht wird. Die Zahlen der empirischen Forschung sind hier eindeutig (vgl. Gantzel 2002).

Nicht nur an der Verbreitung irregulärer Akteure im Zweiten Weltkrieg, an den Konstellationen der Dekolonisationskriege der 1950er und 1960er Jahre und in der Häufigkeit des Auftretens von Paramilitärs und halb-staatlichen Milizen in den Kriegen der letzten fünfzig Jahre lässt sich schnell und eindeutig nachweisen, dass das Attribut der Staatlichkeit wohl der Mehrzahl der Akteure in den Kriegen nach 1945 nicht zuzusprechen ist.⁴

Um die These zu erhärten, dass sich gegenwärtig eine zunehmende Entstaatlichung des Krieges beobachten lasse, müsste diese nachlassende Staatlichkeit empirisch nachgewiesen werden können. Ein solches Vorhaben stößt auf massive methodische Probleme, denn Staaten lassen sich nicht einfach messen. Auch jene Zahlen, die dafür gemeinhin angeführt werden, etwa die Staatsquote, also der Anteil der staatlichen Gesamtausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, sind dafür kein geeigneter Indikator, weil sie mit erheblichen methodischen Problemen belastet sind. Hinzu kommt, dass die Datenlage für die entsprechenden Länder chronisch unvollständig und von zweifelhafter Reliabilität ist.

3 Die Vertreter dieser These beziehen sich indes auf unterschiedliche Zeiträume: Während Daase (1999: 11) die Periode nach 1945 nennt, bezieht sich Münkler (2002: 13) auf „die letzten zehn oder zwanzig Jahre“.

4 Verwiesen sei hier auf die Liste der Akteure in den Datenbanken über Krieksakteure nach dem Zweiten Weltkrieg, etwa die der „Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung“ an der Universität Hamburg (www.akuf.de) und die Skizzen von Krieksakteuren in den Kriegen der 1990er Jahre sowie von Vergleichsgruppen auf der Website der „Nachwuchsgruppe Mikropolitik bewaffneter Gruppen“ an der Humboldt-Universität zu Berlin (www2.rz.hu-berlin.de/mikropolitik).

Plausibler erscheint demnach die These *unvollendeter* Staatlichkeit. Nicht der Zerfall staatlicher Strukturen, sondern vor allem die unvollständige Verstaatlichung der Gesellschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika bildet den Handlungsrahmen der politischen Gewalt in diesen Kontexten.⁵ Aus einer solchen strukturgeschichtlichen Perspektive relativiert sich der Befund der vermeintlich neuen „Entstaatlichung“ des Krieges rasch (Jung u.a. 2003). Der historische Längsschnitt zeigt für viele Regionen, für den Balkan und den Kaukasus ebenso wie für den Mittleren Osten und Zentralafrika, lange Kontinuitäten der Konfrontation von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Der Krieg der Irregulären gegen staatliche Akteure in Uniform ist so alt wie die Versuche, zentralstaatliche Herrschaft zu errichten.

Ein Argument gegen die These von der Entstaatlichung des Krieges könnte sich auch auf den impliziten Referenzpunkt beziehen, nämlich auf die Annahme, derzufolge in der europäischen Geschichte der vergangenen zwei Jahrhunderte Kriege allein „gehegte“ Gewalthandlungen zwischen staatlichen Gewaltakteuren waren. Ob das Bild vom „gehegten Krieg“ des 18. und 19. Jahrhunderts nicht eher das Resultat einer idealisierenden Militärgeschichtsschreibung ist, soll hier nicht erörtert werden – die Hinweise, die sich aus der historischen Literatur über die Realität der kriegerischen Gewalt außerhalb Europas ergeben, erwecken jedenfalls Zweifel an der These der Verstaatlichung des Krieges. Jede Kolonialgeschichte ist voll von Geschichten der Gewalt, die in ihren Erscheinungsformen den heute beobachtbaren in vieler Hinsicht sehr ähneln.⁶ Der gesamte Prozess der europäischen Expansion ist auch im Zeitalter des vermeintlich gehegten Krieges ein vornehmlich unregelmäßig gewaltsamer. Im historischen Längsschnitt ist die staatliche Hegung des Krieges die Ausnahme, und sie scheint auch für die Kriegsgeschichte nach 1945 keineswegs typisch gewesen zu sein.⁷

Woher rührt dann aber die These vom entstaatlichten Charakter der neuen Kriege? Zwei Gründe – ein empirischer und einer, der in der Wahrnehmung der Beobachter liegt – scheinen dafür wesentlich zu sein: Zum einen lassen sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts tatsächlich Krisen staatlicher Herrschaft bis hin zum Zerfall staatlicher Institutionen beobachten. Sie betreffen aber entweder solche Staaten, die vorher in hohem Maße von Zuweisungen und Unterstützungsleistungen abhingen, die aus strategischen Gründen in der Zeit des Ost-West-Konflikts vergeben wurden. Das trifft auf Liberia genauso zu wie auf Somalia und auf Zaire wie auch auf Afghanistan. Oder aber es handelt sich um Prozesse des Zerfalls staatlicher Institutionen, die selbst ein Produkt des Krieges sind.

5 Diese These findet sich bei einer Reihe von Autoren wie Holsti (1996), Migdal (1988) und Siegelberg (1994).

6 Verwiesen sei hier auf die Arbeiten von Michael Bollig (1999) über die gewalttätigen Räume, die sich im Zuge der kolonialen Expansion in Afrika entwickelt haben, vgl. auch die Beiträge in Crummey (1986).

7 Die vielleicht umfassendste Darlegung der beträchtlichen Ausnahmen findet sich bei Kalyvas (2003).

Zum zweiten scheint eher als ein jüngerer historischer Wandel eine veränderte *Wahrnehmung* die Ursache für die These von der Entstaatlichung des Krieges zu sein. Vielen Beobachtern ist erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts deutlich geworden, dass die Welt gar nicht in dem Maße verstaatlicht ist, wie die gängigen Weltkarten und Redeweisen dies nahe legen. Die wachsende Aufmerksamkeit für das Geschehen jenseits der Blockkonfrontation hat diese Verwunderung ausgelöst, weil die alte Rubrizierung, in den Konflikten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nicht anderes zu sehen als „Stellvertreterkriege“, nicht mehr zu halten war. Diese Fehlwahrnehmung hat sicher teilweise ihre Ursache in der OECD-Lastigkeit der Sozialwissenschaften, zumal der deutschsprachigen. Ein Blick in die Fachzeitschriften, die Programme der Kongresse und in die Kataloge der Fachverlage offenbart rasch: Die Beschäftigung mit politischen und sozialen Dynamiken außerhalb Nordamerikas und Europas ist die sehr seltene Ausnahme. Die Diskussion über das nicht-westliche Ausland wird entweder in „Regionalwissenschaften“ abgedrängt oder unter den halb pädagogischen, halb sozialtechnologischen Großbegriffen wie „Entwicklung“ und „Demokratisierung“ diskutiert. Tatsächlich ist, wie die regionalwissenschaftliche Forschung seit langem weiß, Staatlichkeit außerhalb der OECD seit dem Ende der Kolonialzeit prekär geblieben. Die Versuche, den Staat zu konsolidieren, waren schon immer in hohem Maße konfliktiv. Auch heute dreht sich die Gewalt um die divergierenden Ansprüche staatlicher Funktionsträger, lokaler Machthaber und neuer politischer Gruppen (vgl. Schlichte 2005b: Kap. 3).

These 2: Habgier als Motiv

Nicht mehr politische Lehren oder Programme der gesellschaftlichen Umgestaltung bestimmen die Motive der Kriegaakteure, sondern diese sind vor allem vom Motiv der Bereicherung und materiellen Besserstellung geleitet.

Ökonomisch, so der Kern dieser These, beruhen „neue Kriege“ nicht mehr auf der Umstellung der Produktion auf Kriegswirtschaft, wie in großen Staatenkriegen, sondern auf Plünderung bzw. auf der Monopolisierung von Reichtumsquellen, wie etwa Exporteinkünften. Im Dienste der Weltbank haben sich daher in jüngerer Zeit auch Ökonomen des innerstaatlichen Krieges angenommen und versucht, ihre Entstehung und innere Dynamik zu modellieren (vgl. Collier 1999). Das Argument, das hier entwickelt wurde, bezieht sich auf die ökonomische Grundlage staatlicher Herrschaft in vielen so genannten Rentenökonomien. Weil dort die Inhaber staatlicher Herrschaft nicht darauf angewiesen seien, zu ihrer Bevölkerung enge Bande zu entwickeln, gebe es einen ständigen, auch gewaltsamen Kampf um die Aneignung der Renten, die aus dem Export von Rohstoffen vergleichsweise einfach zu erzielen seien. Die theoretische Figur, auf der diese Interpretation aufruht, ist ein utilitaristischer Individualismus – nicht die Sorge um das Wohl der Gesellschaft, sondern das individuelle Bereicherungsinteresse, die Habgier sei das handlungsleitende Motiv der Akteure. Daraus folgern sie, dass Gewaltrisiken dort hoch seien, wo der Export von Primärgütern eine große Rolle spielt. Je stärker ein Land vom Export weniger Rohstoffe abhängt und je ärmer die Bevölkerung ist, so die These, desto größer ist

die Gefahr eines innerstaatlichen Gewaltkonflikts. Den Herausforderern der staatlichen Macht ginge es nur um die Aneignung dieser Rohstoffrenten.

Mit dieser These deckt sich eine mittlerweile sehr verbreitete Einschätzung der „neuen Kriege“. Auch andere Autoren, in Deutschland etwa Herfried Münkler (2002: 159) und der Ethnologe Georg Elwert (1997), haben in unterschiedlicher Weise die ökonomische Interessiertheit als handlungstreibendes Motiv in zeitgenössischen Kriegen betont. Die international anwachsende Literatur zu dem, was zusammenfassend „Kriegsökonomien“ genannt wird, scheint diese Einschätzung zu bestätigen (vgl. Ehrke 2002; Le Billon 2000). Die Verfügung über Erdöl, Diamanten, Kunstschätze, Eisenerz und andere mineralische Rohstoffe spielt in vielen Konflikten eine Rolle. Überall überwiege bei den kriegführenden Parteien das materielle Interesse an der Aneignung dieser Güter, während demgegenüber politische Zielsetzungen an Bedeutung verloren hätten.

Gegenthese 2: Die Vielfalt der Antriebe

Die Motivationen der Akteure in zeitgenössischen Kriegen lassen sich nicht auf ökonomische Interessen reduzieren, ebenso wenig wie das Motiv der materiellen Besserstellung in früheren Kriegen bedeutungslos war. Die Motive der Kriegaakteure sind auch heute noch politisch, aber ihre Politizität fügt sich nicht immer westlichen Schemata.

Die Tatsache, dass sich staatliche wie nichtstaatliche Kriegaakteure auch materiell reproduzieren müssen, ist eigentlich ein Gemeinplatz. Die „Bedarfsdeckung des politischen Verbandes“, wie es bei Max Weber heißt, ist für alle organisierten Kriegaakteure zu allen Zeiten eine Notwendigkeit gewesen. Doch dass das Interesse an persönlicher Bereicherung das vorrangige Ziel der Kriegaakteure der Gegenwart sei, bedarf des Nachweises am Material, wie Roland Marchal und Christine Messiant (2001: 14) in ihrer Kritik an den Arbeiten der Weltbank-Forscher zu Recht einfordern.⁸ So verdienstvoll es ist, mit der Betonung der ökonomischen Dimension jedes Krieges die Vereinseitigungen des kulturellen Essentialismus zu überwinden, der etwa in der Interpretation der Kriege im ehemaligen Jugoslawien eine große Rolle gespielt hat, so wenig sollte die Entdeckung dieser Dimension zu neuen Vereinseitigungen führen. Der Krieg ist, um mit Durkheim und Mauss zu sprechen, ein totales soziales Phänomen – und solche Phänomene lassen sich immer sowohl politisch wie ökonomisch, aber auch im Hinblick auf ihre symbolische Dimension lesen.

⁸ In der Diskussion um den Primat der Ökonomie in den Kriegen der Gegenwart überrascht auch das Abwesende. Denn selten sind die Inhaber staatlicher Herrschaftspositionen Gegenstand dieses Befundes. Es sollte daher einmal systematisch untersucht werden, inwiefern nicht gerade Armeen und ihr unternehmerisches Umfeld ein viel ausgeprägteres materielles Interesse an organisierter Gewalt entwickeln. In den vergangenen Jahren mehren sich die Hinweise darauf, dass die Privatisierung der Gewalt vor allem die staatlichen Apparate auch der westlichen Staaten erfasst hat. Dieser Prozess lässt sich vielleicht viel plausibler als Entpolitisierung beschreiben, vgl. Singer (2003) und Brühl u.a. (2001).

In der Realität sind die Motive der Beteiligten und die Prozesse der Mobilisierung viel komplexer. Schon der oberflächliche Vergleich detaillierter Beschreibungen zeitgenössischer Gewaltakteure zeigt, dass auch unter den Akteuren selbst keineswegs von einheitlichen Motiven ausgegangen werden kann.⁹ Zunächst ist das, was die Rebellen wollen, von den Motiven der Bevölkerung zu unterscheiden. Eine bewaffnete Gruppe kann sich durchaus der Sympathie durch die lokale Bevölkerung erfreuen, die mit der Rebellion ganz andere Erwartungen verbindet als die Gewaltakteure selbst.

Auch innerhalb bewaffneter Gruppen gibt es große Unterschiede der Motivlagen. Auf der Leitungsebene spielt das politische Interesse an der Macht und gewiss auch ein Interesse an materieller Besserstellung – ebenso wie das Streben nach sozialer Ehre – als Motiv eine Rolle. Politische Ordnungsvorstellungen haben diese Leiter jedoch auch. Ebenso finden sich auf der Stabebene nach wie vor in zahllosen Fällen Vorstellungen über soziale und politische Ordnungen. Sie gehören zur Motivlage dieser Akteure wie ihr Interesse an Ämtern, mehr oder minder historisch legitimierte Rache für frühere Gewalttaten und die Aussicht auf den Zugang zum politischen Spiel. Auf der Ebene der Gefolgschaft schließlich spielen oft Schutzbedürfnisse, Zwang und Furcht eine Rolle, aber auch die Aussicht auf ein besseres Leben.

In allen Kriegen lagern sich zudem um den eigentlichen – immer *politischen* – Konflikt zahllose andere kleinere Arenen an. Der lokale Opportunismus, das Ausnutzen der Chance, im Zustand des Krieges noch ganz andere Rechnungen zu begleichen oder in unseren Augen kriminell aktiv zu werden, ist eine konstante Begleiterscheinung aller Kriege.¹⁰ Im Schatten der Gewalt ereignen sich immer Dinge, für die der Krieg eine Bedingung ist, die aber der politischen Grundkonstellation, die ihm zugrunde liegt, nicht ohne weiteres unterzuordnen sind, auch wenn sie sich damit verbinden.

Die Motivlagen der Kriegaakteure sind komplexe Gemengelagen, die Roland Marchal (2000: 174) treffend als „blinden Sprung in eine geträumte Moderne“ charakterisiert hat. Auch hier gilt: Die lokale Geschichte entscheidet über die Motive und Motivationen. Die Tatsache, dass sich viele Konfliktlinien der zeitgenössischen Kriege nicht in den Registern westlicher Politik ausdrücken, erlaubt nicht den Schluss, sie seien deshalb „unpolitisch“. Die genaue, heute eher von Ethnologen als von Politologen geleistete Lektüre der Symbolik der Gewalt und der Äußerungen der Gewalttäter macht dies offensichtlich.¹¹

Viele der Kriege, die wir heute beobachten, aber auch viele der vergangenen Jahrzehnte, sind Kriege in patrimonialen Herrschaftsgebilden. Das Strukturmerkmal patrimonialer Herrschaft ist, dass hier die Trennung von öffentlich und privat nicht existiert. Der Präsident ist zugleich der oberste Richter und eben auch der größte Unternehmer. Diese Konstellation ist für viele postkoloniale Staaten charakteristisch. In diesen Kontexten ist es naturgemäß schwierig, zwischen politischen und ökonomischen Interessen zu unterscheiden, denn die politische Position ist immer auch eine ökonomische Chance. Dieser Einwand verdeutlicht, dass es in der Analyse der sozialen Wirklichkeit von Kriegen entscheidend darauf ankommt, zu kontextualisieren. Denn der Modus des Politischen gehorcht nicht überall auf der Welt den Symboliken, die westlichen Betrachtern als genuin politische gelten. In den Vorstellungen dessen, was Politik ist, drücken sich überall historische Erfahrungen und spezifische lokale Symboliken aus.

These 3: Barbarisierung der Gewalt

In den Kriegen der Gegenwart lässt sich eine Entgrenzung der Gewalt beobachten. Nicht mehr die Unterstützung durch die Zivilbevölkerung ist das Ziel der Gewaltstrategien, sondern der rücksichtslose Einsatz massiver Gewalt gegenüber Zivilisten ist das Kennzeichen der neuen Kriege.

Zur Unterstützung dieser Thesen werden vor allem Beispiele aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und in Westafrika angeführt, die als Belege für eine Entgrenzung der Gewalt dienen sollen. In den dort beobachteten „bestialischen“ Praktiken (Heupel/Zangl 2003: 11) seien zwar wenigstens teilweise rationale Strategien erkennbar, die Gewalt ist aber einigen Autoren zufolge tendenziell anomisch. Die Gewalthandlungen richteten sich in den neuen Kriegen nicht mehr gegen den militärischen Gegner, sondern gegen die Zivilbevölkerung, und nur eine „einfache, apolitische Gewalt“ sei zu beobachten (de Soysa/Gleditsch 1999: 29).

Anderen Gewalttaten wird eine Rationalität im Sinne zweckrationalen Handelns ganz abgesprochen. Die Massaker in Algerien und Bosnien, Verstümmelungen an Zivilisten in Westafrika sind demnach irrationale Gewaltakte, die auf soziale Anomie und die Abwesenheit jeder Regulierung der Gewalt verweisen (vgl. Enzensberger 1995: 16).

Gegenthese 3: Ungleichzeitigkeit der Gewaltformen

Die gleichzeitige Anwesenheit von sehr unterschiedlichen Gewaltpraktiken kennzeichnet das Kriegsgeschehen spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg. Der empirische Nachweis für einen grundsätzlichen Wandel der Gewaltpraktiken ist nicht nur aus methodischen Gründen schwierig; es fehlen auch die Voraussetzungen dafür, den moralischen Charakter von Gewaltpraktiken wissenschaftlich zu bewerten.

Eine empirisch gesättigte Bearbeitung dieses Themas steht noch aus. Die Sammlungen von empirischen Evidenzen, die der These der Entgrenzung der Gewalt entgegenstehen, sind jedoch mindestens so überzeugend wie die empirischen Verweise,

9 Vgl. etwa für die MILF in den Philippinen McKenna (1998), für Liberias NPFL Ellis (1999) und für die GIA in Algerien Martinez (1998). Bei Kalyvas (2001, 2003) finden sich zahlreiche andere Hinweise auf ähnliche Differenzierungen in anderen Fällen.

10 Man ist versucht zu sagen: von Politik in Krisenzeiten überhaupt. Auch Lenin und de Gaulle hatten in Kriegszeiten ihre Verbindungen zu kriminellen Milieus, auch der Übergang von Milosevic zu Djindjić in Serbien gelang unter Absprache mit kriminellen Milieus.

11 Das wird am Beispiel der Milizen, die sich im Verlauf des innerstaatlichen Krieges in Sierra Leone herausgebildet haben, sehr deutlich, vgl. Richards (1996) und Ferme/Hoffman (2002).

die die Befürworter dieser These anführen.¹² Einen hinreichenden empirischen Grund, solch eine starke These zu vertreten, gibt es bislang nicht.

Das hochsensible Thema der Gewaltpraktiken ist wegen seines moralischen Rangs und der notorischen politischen Instrumentalisierung zur Delegitimierung des Gegners mit äußerster Vorsicht anzugehen. An den methodischen Problemen, die der Viktimologie in der Kriegsforschung zu eigen sind, kann man erkennen, wie hoch die Anforderungen an Forschungsbemühungen auf diesem Gebiet sein müssen. Vielleicht stößt die sozialwissenschaftliche Forschung bei der Behandlung der Semantik von Gewaltpraktiken auch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten.

Eine nötige Voraussetzung für eine sachgerechte Diskussion dieser Fragen wäre, die Theorie der Gewalt und ihrer Praktiken wenigstens in Grundzügen zu entwickeln, um Praktiken, Kontexte, Bedeutungen und Folgen von Gewalt wirklich begründet einordnen und bewerten zu können. In der vorliegenden Literatur, von Sorel bis Sofsky, jedenfalls kündigt sich an, dass der Einsatz der Gewalt beides sein kann, rationale Strategie und eigendynamische Verselbständigung. Beides lässt sich historisch in nahezu jedem Krieg beobachten.

Auffällig ist, dass die Barbarisierungsthese vor allem von Autoren in Frage gestellt wird, die sich seit langem mit spezifischen Kontexten beschäftigen. David Keen (2003), Paul Richards (1996) und John Allcock (2000) etwa heben in ihren Arbeiten hervor, dass die Gewaltpraktiken im ehemaligen Jugoslawien und in Westafrika lange historische Linien haben. Sie sind, wie alle anderen Gewaltpraktiken, auch Kommunikation über die Opfer hinaus. Doch diese Codes zu entschlüsseln, setzt eine große Kenntnis kultureller Kontexte und umfangreiches Quellenmaterial voraus.

Der Blick auf das, was im Krieg geschieht, offenbart jedenfalls keinen gravierenden Unterschied zwischen vergangenen Zeiten und der Gegenwart. Es lässt sich nicht erkennen, dass sich zeitgenössische Kriege im Hinblick auf die in ihnen eingesetzten Gewaltpraktiken grundsätzlich von früheren unterscheiden. Ein Vergleich von klassischen Dekolonisationskriegen, etwa in Algerien oder Indochina in den 1950er und 1960er Jahren, oder von Berichten über den Krieg der jugoslawischen Partisanen gegen die Wehrmacht (Djilas 1977; Hnilicka 1970) mit gegenwärtigen Kriegen macht dies deutlich.

Empirisch lässt sich für alle Kriege nach 1945 zeigen, dass die Phänomene, die von heutigen Autoren als „barbarisch“ von „normalen“ Gewaltpraktiken unterschieden werden, gleichzeitig vorkommen. Gewiss besteht ein Unterschied zwischen dem Krieg straff hierarchisch geführter Armeen und den Zusammenstößen von kleinen, nur lose strukturierten Rebellenbewegungen. Alle vorliegenden dichten Beschreibungen von kriegerischen Konflikten nach 1945 verdeutlichen nur allzu gut, dass in

12 Der einzige mir bekannte, methodische Versuch, diese These empirisch zu belegen, stammt von Heupel/Zangl (2003). Die Auswahl der dort behandelten sechs Fälle ist jedoch wegen der geringen historischen Reichweite unzulänglich und kann daher keinen wirklich stichhaltigen Befund darstellen, wie die Autoren redlicherweise selbst betonen. Kalyvas (2001, 2003) führt viel umfangreichere Gegenbelege an, seine Argumentation ist weitaus überzeugender.

der Realität die Kriegführung von der Ungleichzeitigkeit von Gewaltformen geprägt ist, zu der der stabsmäßig organisierte und kontrollierte Gewalteinsatz genauso gehört wie Phänomene der Entgrenzung der Gewalt.¹³ Im parallelen Auftreten von Bombardements aus der Luft und Raubzügen in Dörfern wird die Gleichzeitigkeit von hochmoderner und traditionaler Kriegführung offensichtlich.

Es ist auch zweifelhaft, ob Kennzeichnungen wie „barbarisch“ oder „bestialisch“ einen analytischen Wert haben. Dies dürften Attribute sein, auf die eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem schwierigen Gegenstand ganz verzichten sollte. Die moralische Diskussion darüber, was diese Gewaltpraktiken bedeuten und wie sie zu bewerten wären, wird damit nicht überflüssig. Das Eingedenken daran, dass das Grauen seinen Ort nicht nur in Westafrika und im ehemaligen Jugoslawien hat, sondern auch in unserer unmittelbaren historischen Umgebung, sollte jedoch davon abhalten, in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen leichtfertig solche Charakterisierungen vorzunehmen.

3. Die Diskussion um die neuen Kriege und die Theorie des Krieges

3.1. Warum gibt es diese Debatte und was lässt sich daraus lernen?

Die Debatte um die „neuen Kriege“ findet selbst in einem Kontext statt, und sie trägt auch immer spezifische nationale Züge. Im Folgenden sollen zwei Vermutungen vorgebracht werden, warum es diese Debatte gibt. Die eine Vermutung bezieht sich auf den Diskurs über Gewalt in der Weltgesellschaft überhaupt, die andere Vermutung auf das, was sich, etwas vorsichtiger, „Formwandel der Gewalt“ nennen lässt.

Die Diskussion über neue Kriege verbindet sich vor allem – aber nicht nur – in Deutschland mit einer Diskussion über eine „Krise der Staatlichkeit“. In der öffentlichen Debatte um die „Globalisierung“ spiegelt sich zum einen die Wahrnehmung einer Veränderung des institutionellen Arrangements wider, das die westlichen Gesellschaften so lange stabil erscheinen ließ (vgl. Genschel 2003). Das Gefühl schwindender Staatlichkeit hat auch die Wohlfahrtsstaaten des Westens erfasst (vgl. Kaufmann 2004). Zum anderen hat sich für die vielgestaltigen Prozesse der Veränderung politischer Herrschaft außerhalb der OECD der Begriff des „Staatszerfalls“ eingebürgert. Demnach nisten sich in diesen unkontrollierten Zonen kriminelle und terroristische Netzwerke ein, die den Frieden und den Wohlstand in diesen Teilen der Welt, aber auch im Westen bedrohen. Das Ineinanderschieben von gewaltsamen Konflikten um politische Herrschaft, von „organisierter Kriminalität“ und von „globalem“ Terrorismus droht sich zu einer neuen legitimen Problematik zu verdichten,

13 Deutlich wird dies zum Beispiel in Darstellungen der Kriege im südlichen Afrika zu Zeiten des Ost-West-Konflikts, die gemeinhin als „Stellvertreterkriege“ aufgefasst worden sind, vgl. Geffray (1990) und Lyons (2004). In diesen Kriegen lassen sich alle Phänomene, die heute „neuen Kriegen“ zugerechnet werden, gleichfalls finden.

die für die unterschiedlichsten institutionellen Rhetoriken und Legitimationsdiskurse verwendbar wird. Sicherheitsexperten, ob universitäre oder solche aus den Regierungsinstitutionen, haben nicht nur Konjunktur, sondern die Rede von Bedrohungen ist selbst schon eigendynamisch geworden. Der Diskurs der Sicherheitsexperten wird zu seinem eigenen Daseinsgrund (vgl. Bigo 2002).

Es gibt drei Gründe, gegenüber diesem Diskurs, der sich aus und um die These der „neuen Kriege“ entwickelt hat, skeptisch zu sein: Der *erste* betrifft die Frage der gesteigerten Aufmerksamkeit. Den Debatten über „neue Kriege“, über Kriegsökonomien und nach dem 11. September 2001 auch über den Terrorismus muss man zugute halten, dass sie ein Thema wieder entdeckt haben, das in der Politikwissenschaft lange ein Randdasein führte, nämlich den innerstaatlichen Krieg. Doch wo immer neue Aufmerksamkeiten entstehen, ist zu prüfen, ob das behauptete Wachstum tatsächlich vorhanden ist, oder ob es sich nicht um ein Produkt eben dieser erhöhten Aufmerksamkeit handelt. Auch für Themen wie Terrorismus oder organisierte Kriminalität gilt, was ein französischer Kollege über seine Arbeit zur Korruption ausgeführt hat: „Le plus on cherche, le plus on trouve“.

Der *zweite* Grund der Skepsis gegenüber diesem Diskurs betrifft die Quellenlage. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Terrorismus besonders eklatant, beim Thema der organisierten Kriminalität in ähnlicher Weise ist auffällig, wie wenig Quellenkritik in der wissenschaftlichen Arbeit stattfindet. Zeitungsnotizen, journalistische Arbeiten und Äußerungen von staatlichen Sicherheitsexperten werden häufig unhinterfragt als Beleg für empirische Phänomene aufgefasst, gegen die sich die kontextspezifische Forschung nur noch schwer Gehör verschaffen kann.

Der *dritte* Grund der Skepsis schließlich betrifft die These der Barbarisierung. Sie wirkt nämlich auf gewisse Weise sehr alt. Jeder Regionalwissenschaftler wird in ihr die langen Kontinuitäten schnell erkennen. Sie reichen vom Bild des Barbaren, das sich das expandierende Europa von der Bevölkerung seiner kolonialen Zielgebiete gemacht hat, bis hin zu den Vorstellungen, die sich noch heute auch die allgemeine Publizistik von „Stammeskriegern“ und allzeit gewaltbereiten Horden macht. Edward Said (1990) und Maria Todorova (1997) haben in viel beachteten Werken darauf aufmerksam gemacht, wie tief sich diese Vorstellungen über den Orient und über den Balkan ins westliche Allgemeinbewusstsein eingesenkt haben. Im Diskurs, der sich gegenwärtig in westlichen Gesellschaften über „den Islam“ entwickelt, kann man analoge Dichotomisierungen beobachten (vgl. Mamdani 2004). Das entsprechende Werk über Afrika ist noch nicht geschrieben, hätte aber noch weniger Materialprobleme.

Die Entrechtlichung und Kriminalisierung des nicht-westlichen Anderen jedenfalls ist eine Konstante, die auch im Völkerrecht erst nach Jahrhunderten überwunden werden konnte (vgl. Fisch 1984). Nachkommenden Wissenschaftlern bleibt die interessante Aufgabe, zu untersuchen, inwiefern die Diskussion über „neue Kriege“ nicht bloß die Wiederkehr sehr alter Figuren über Politik jenseits des zivilisierten Westens gewesen sein wird. In kritischen ideengeschichtlichen Arbeiten wie von Tzvetan Todorov (1989) zum Diskurs des Westens über „die Anderen“ ist deutlich geworden, dass dieser Diskurs auch der Konstituierung des Selbst dient. Vielleicht

liegt der Diskussion um „neue Kriege“ und besonders der Barbarisierungsthese ein ähnliches Bedürfnis der Selbstvergewisserung zugrunde.

Doch ganz unabhängig von der Frage, ob der Diskurs über die „neuen Kriege“ auf tiefer liegende Bedürfnisse verweist, ist offensichtlich, dass er politische Bedeutung erlangt hat. Die Beobachtung Michael Th. Grevens (2003), dass nämlich Politik und Politikwissenschaft sich gegenseitig konstituierten, lässt sich auch am Themenfeld des Krieges beobachten. Das Legitimierungsbedürfnis der staatlichen Apparate, die Verunsicherung oder auch nur Nachdenklichkeit der Bevölkerung und die Prämie, die sich Wissenschaftlern bietet, die zum Thema etwas anzubieten haben, treffen sich in diesem Diskurs über die neuen Bedrohungen.¹⁴

Inwiefern die Debatte über die „neuen Kriege“ in erster Linie als Teil einer solchen neuen legitimen Problematik aufzufassen ist, bedarf freilich einer Diskussion, in der blinde Flecken mitbedacht werden sollten. Dazu gehört die Frage nach den Veränderungen in der globalen Sicherheitsordnung, die Frage nach den Eigeninteressen und Legitimierungsstrategien der Sicherheitsapparate und -experten, die Frage nach den Wirkungen westlicher Politik in der Vergangenheit und Gegenwart und schließlich auch die Frage nach der Aufgabe der Sozialwissenschaften in diesem Prozess.¹⁵

Die zweite Vermutung betrifft die Frage nach dem Formwandel der Gewalt: Es könnte ja sein, dass die Debatte um die „neuen Kriege“ auf etwas verweist, das sie nur nicht richtig benennt. So wie die Diskussionen über ethnische Konflikte und über die Kriegsökonomien auf Aspekte von Gewaltkonflikten aufmerksam gemacht haben, die in der Forschung bis dahin nicht recht berücksichtigt worden sind, so könnte auch die „neue Kriege“-Debatte auf wenig Beachtetes verweisen, das sie bloß vollkommen überbetont.

Die Debatte über „neue Kriege“ verweist tatsächlich auf einen Themenbereich, der in der politikwissenschaftlichen Behandlung des Krieges lange nicht beachtet wurde, nämlich auf die Frage danach, was *im Krieg* passiert. Kriege lassen sich nicht auf ihre Ursachen und Folgen reduzieren, sondern der Krieg ist selbst „eine Dauer, ein Raum, eine soziale Produktion, eine Konstruktion neuer Legitimitäten“ (Marchal/Messiant 2001: 44). Die Debatte um das „Neue“ zeitgenössischer Kriege hat immerhin bewirkt, dass es eine vermehrte Aufmerksamkeit für das soziale Geschehen gibt, das sich unter den Bedingungen der Gewalt abspielt. In der angelsächsischen Forschung deutlich stärker als in Deutschland hat die Debatte über „neue Kriege“ eine Forschung ausgelöst, die sich mit einem viel genaueren Blick den Prozessen zuwendet, die unter den Bedingungen der Gewalt stattfinden.

14 Analoge Entwicklungen finden zugleich in anderen „sicherheits“-relevanten Feldern statt, vgl. Bigo (2002).

15 Auf das Erbe des Ost-West-Konflikts – die Militarisierung der Politik in den verschiedenen Kontexten, die Verselbständigung der ehemals lokal rekrutierten Hilfstruppen – und die Wirkungen der Liberalisierungspolitik als mitursächliche Bedingungen für die Prozesse des „Staatszerfalls“, der „neuen Kriege“ und der „transnationalen Kriminalität“ haben in jüngerer Zeit verschiedene Autoren hingewiesen, vgl. Jung (2003), Lock (2002), Pugh/Cooper (2004).

3.2. Wie weiter mit der Theorie des Krieges?

Nun ist die Forschung zu kriegerischen Konflikten älter als viele laufende Diskussionen vermuten lassen. Das gilt mindestens für den Bereich der Kriegsursachenforschung, die in den vergangenen zwanzig Jahren eine ganze Reihe wichtiger empirischer Befunde und kontroverser theoretischer Ansätze hervorgebracht hat.¹⁶ Im Vergleich zu der vermeintlichen Neuartigkeit des Kriegsgeschehens wirken die Thesen aus diesem Forschungsgebiet wenig modisch.¹⁷ Von ihrer erklärenden Kraft haben diese Thesen indes wenig eingebüßt. Eine theoretische Einsicht daraus ist die, dass eine Theorie des Krieges ohne eine Theorie der Gesellschaft nicht zu haben ist. Der Krieg als soziales und als politisches Phänomen zeigt eine zu große Formenvielfalt, als dass sich aus dieser Varianz in gleichsam induktiver Manier eine Theorie erarbeiten ließe. Gerade weil jeder Krieg historisch eingeordnet, kontextualisiert werden muss, kann eine Theorie nur auf der Grundlage einer historisch informierten Theorie der Gesellschaft stehen.

Die zweite Einsicht aus der Forschung zu kriegerischen Konflikten ist die, dass diese Theorie der Gesellschaft nur eine Theorie der Weltgesellschaft, eine Theorie der sich globalisierenden Moderne sein kann. Denn der soziale Raum, in dem sich die Kriege der Gegenwart, aber natürlich auch schon die früherer Zeiten ereignen, ist ein globaler sozialer Raum. Die ursächlichen Zusammenhänge keines einzigen Krieges nach 1945 lassen sich auf rein „nationale“ Bedingungen reduzieren, und spätestens seit der Ära der Dekolonisation stehen diese Kriege in einem engen Verweisungszusammenhang. Aus strukturgeschichtlicher Perspektive ist die globale Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftungsformen der große konfliktive Prozess, der sich in unterschiedlicher Form kriegerisch äußert, so sehr regionale, historische oder institutionelle Besonderheiten in jedem einzelnen dieser Kriege über Verläufe und Linien entscheiden. Diese allgemeine Einsicht wurde in der empirischen Forschung über die Kriege nach 1945 weiter ausdifferenziert und bezieht sich etwa auf die Logik von Konflikten in neopatrimonialen Staaten, auf die Kriege im Entwicklungsstaat oder auf den sozialrevolutionären Krieg (vgl. Schlichte 2005b: Kap. 3).

Mit diesen Befunden hat sich die Aufgabe, sich mit dem Gegenstand Krieg in theoretischer Absicht zu beschäftigen, noch nicht erschöpft. Ein weiteres Themenfeld wurde schon angesprochen, das Geschehen im Krieg. Bisher ist die Forschung zu diesem Thema noch wenig systematisch und eher von praktischem Raisonement

16 Die wesentlichen empirischen Befunde werden diskutiert in Schlichte (2002) und sollen hier nicht noch einmal vorgestellt werden.

17 Gemeint sind hier vor allem Studien, die auf dem so genannten Hamburger Ansatz basieren, vgl. Gantzel/Schwinghammer (1995), Kurtenbach (1991), Siegelberg (1994), Jung (1995), Schlichte (1996), Böge (1999) und die jüngste Zusammenfassung in Jung u.a. (2003). Verwandte Befunde über kriegsursächliche Prozesse finden sich bei Holsti (1991, 1996) und Marchal/Messiant (1997).

oder von Impressionismus gekennzeichnet, einige weiterführende Ansätze sind jedoch zu verzeichnen.¹⁸

Nun ist es eine vergleichsweise alte Einsicht, dass der Krieg seine eigenen Gesetze hat. Diese Einsicht ist wohl der Kern der praktischen Wissenschaft des Militärs, der Strategie. Sie hat aber auch eine soziologische Seite. Dass der Krieg selbst „zum Motor des Krieges“ wird (Siegelberg 1994: 214), beruht auf demselben Zusammenhang. Diejenigen ursächlichen Prozesse, die zum Beginn eines Krieges als organisierter Gewalt führen, mögen im Verlauf des Krieges fortwirken. Sie werden aber vielfach überlagert von Zusammenhängen, die eine Verstärkung und Verfestigung des kriegerischen Charakters eines Konflikts bedeuten – Kriege werden eigendynamisch. Über die einzelnen Mechanismen dieser inneren Dynamik ist noch viel zu wenig bekannt.

Zu nennen wären hier nicht nur Furcht und Rache als handlungsleitende Motive, die sich in fast allen Berichten von regulären und irregulären Kriegsteilnehmern finden. Dazu gehören auch mentale Verfestigungen, etwa die, dass eine Lösung nur militärisch zu erreichen sei, und schließlich auch die Interessiertheit bestimmter Personenkreise, vor allem der Gewaltakteure, nötigenfalls ihre eroberten Positionen fortwährend mit Gewalt zu verteidigen. Eine weitere Achse, über die sich Einblick in diese eigendynamischen Mechanismen gewinnen ließe, ist die Frage, wie sich existenzielle Ungewissheit auf das Handeln von Kriegsakteuren auswirkt, wie sich also der kurze Schatten der Zukunft unter den Bedingungen der Gewalt systemisch ausformt.

Der Krieg, auch der verselbständigte, ist auch nicht das Ende aller Produktion. Nicht alles zerfällt im Krieg. So sehr Flucht, Vertreibung und Tod gleichbedeutend sind mit dem Zerfall von sozialen und politischen Institutionen, so erhalten sich andere Institutionen im Krieg, und so lassen sich auch Verdichtungen und neue Hierarchisierungen im Krieg beobachten: So können aus zunächst nur lose gruppierten nichtstaatlichen Kriegsakteuren gut organisierte Verbände und schließlich Regierungen werden, aus zuvor disparaten Bevölkerungsteilen durch Leid und Verfolgung im Krieg Gemeinschaften entstehen.

Ein weiteres wichtiges Feld der Forschung und der Theoriebildung ist die Frage, welche Wirkungen Kriege auf ihr Umfeld entfalten. Wie man an der Emergenz der „humanitären Intervention“ erkennen kann, beobachten externe Akteure den Krieg nicht nur, sondern sie interpretieren ihn auch und formen ihn auch selbst mit, unter Einschluss militärischer Mittel. Gerade in diesem Zusammenhang liegen vielleicht noch die größten Potenziale für Thesen über die Neuartigkeit des Kriegsgeschehens in der Gegenwart.

Die Debatte um „neue Kriege“ hat also den positiven Effekt gehabt, dass in der Forschung die Notwendigkeit deutlicher geworden ist, sich intensiver mit dem sozi-

18 Hier wären zu nennen die angelsächsische Forschung zu „microfoundations of violence“, die phänomenologisch orientierte Arbeit des Hamburger Instituts für Sozialforschung und die Studien, die in der DVPW-Adhoc-Gruppe „Ordnungen der Gewalt“ vorgestellt werden, vgl. <www2.rz.hu-berlin.de/mikropolitik/?area=adhoc&struktur=ad>.

alen und politischen Geschehen im Krieg auseinanderzusetzen. In einem anderen Bereich ist der Beitrag der Debatte schwieriger zu gewichten, weil sie sich zu sehr mit einer größeren überlagert, nämlich mit der um die politische Ökonomie von Kriegen überhaupt. Das Wachstum an Wissen über die internationale Einbettung von kriegerischen Konflikten, deren globale Vermittlung lange nicht Gegenstand der Forschung waren, ist jedenfalls beeindruckend (vgl. Nordstrom 2004). Beides, die inneren Mechanismen kriegerischer Gewalt und die globalen Zusammenhänge des Krieges, sind miteinander verknüpft, da die Verstetigung von Kriegsökonomien nur über externe Anbindungen gelingt. Gibt es eine solche Anbindung nicht, führt der Krieg, ob zwischenstaatlich oder innerstaatlich, nur zum mehr oder weniger schnellen Absinken des Kapitalstocks einer Gesellschaft – auch dies, die Verarmung, das kriegsbedingte Elend und die Not, haben einen Einfluss auf den Verlauf des Krieges. Sie wirken delegitimierend und sind damit Teil eines Prozesses des Wandels von Macht und Herrschaft auf lokaler Ebene, aber eben auch mit Konsequenzen für das internationale System verbunden.¹⁹

Die These der „neuen Kriege“ birgt aber auch Gefahren. In einigen Publikationen zum Thema ist es üblich, den transnationalen Terrorismus, den Zerfall von Staaten und die „neuen“ Kriege zu einem sicherheitspolitischen Gesamtkomplex zu verschmelzen. Dass es sich bei den „neuen“ Kriegen „um reine Staatszerfallskriege“ handele (Münkler 2002: 135), wird empirisch ebenso wenig belegt wie die Aussage, „fragile Staatlichkeit“ sei eine Entstehungs- und Existenzbedingung für den transnationalen Terrorismus (Schneckener 2003: 11). In Wahrheit sind die Zusammenhänge der Phänomene anders: Politische Gewalt oszilliert in all ihren Erscheinungsformen um die Dynamik staatlicher Herrschaft. Ihr Auftreten ist nicht auf so genannte schwache Staaten beschränkt, sie korreliert sogar noch nicht einmal mit der so bezeichneten Ländergruppe. Der transnationale Terrorismus kommt auch ohne „schwache Staaten“ aus und ist mit den laufenden innerstaatlichen Kriegen nur über sehr instabile Zweckbündnisse lose verkoppelt (vgl. Bakonyi 2001; Hensell 2003).

Die Einschätzung, in den Regionen des Südens drohe allen Staaten Erosion und Zerfall, beruht auf dem tatsächlich beobachtbaren Prozess der Informalisierung von Herrschaft (vgl. Schlichte/Wilke 2000). Weil sich der Zugang zu regulären Machtmitteln in vielen Staaten verschärft hat, greifen einzelne Machthaber, aber auch ganze Abteilungen einzelner Staaten, auf informelle Mittel der Machtsicherung zurück (vgl. Bayart u.a. 1997; Phongpaichit/Baker 1998; Wade 2005), die nach außen als Kriminalisierung und illegitime Bereicherung erscheint. Zu diesen Verän-

19 Christopher Daase (1999) hat auf diese Zusammenhänge als erster aufmerksam gemacht. Dass die Kriegführung nichtstaatlicher Kriegersakteure für das internationale System delegitimierende Wirkungen hat, erscheint bei näherer Betrachtung jedoch zweifelhaft. Zum einen dienen vielen Regimen bewaffnete Konflikte auf ihrem Territorium gerade als Legitimationsquelle, insofern der Sieg einer Partei der staatlichen Ordnung immer erneute und häufig weit höhere Legitimität verleiht, als die bekämpften Regime dies vermochten. Und schließlich lässt sich keine Kriegspartei finden, die in ihren Programmatiken einen Anti-Etatismus vertritt.

derungen gehört auch die Privatisierung von Sicherheit, unter Einschluss der Militär- und Polizeifunktionen (vgl. Musah 2002; Schlichte 2005a).

Nach außen erscheinen diese Fragmentierungen und Delegationen als Schwächung des Staates, auch wenn sie faktisch sogar einen Zugewinn von Machtmitteln bedeuten können. Der Diskurs über die „neuen“ Kriege, den Terrorismus und den Staatszerfall verwandelt sich damit leicht in eine legitimierende Problematik. Die vermeintlichen oder wirklichen Gefahren, die von diesen Konstellationen ausgehen sollen, dienen als Begründungen für staatliche und nichtstaatliche Agenturen, die die Interventionsindustrie ausmachen. Die faktische Unkenntnis der lokalen Verhältnisse, angefangen von den Sprach- und Symbolwelten bis in die Funktionsweise der Ökonomie und der politischen Beziehungen, ist der Grund dafür, dass die „Tool-Box für Interventionen“ (Schneckener 2004: 18) regelmäßig unvorhergesehene Effekte hervorruft.²⁰ Dies gilt besonders, wenn die Interventen es sich vornehmen, „die Macht vorhandener Gruppen zu brechen“ (Ottaway 2002: 1015).

Die Redeweise von den „neuen Kriegen“ und ihre Verschränkung mit anderen Phänomenen wie Staatszerfall und Terrorismus drohen damit zum Bestandteil einer „Erzählung der Angst“ zu werden (Lipschutz 1999). Der prognostizierte „Staatszerfall“ ist schon zur anerkannten Problematik der Sicherheitsdoktrinen sowohl der USA wie der EU geworden. Die Erosion des Völkerrechts durch die Einführung der Ausnahme-Semantik für Kriegszustände hat ebenso begonnen (Mégret 2003). Offenbar verrät die Redeweise von den „neuen Kriegen“ mehr über die Konkurrenz von Ordnungsvorstellungen, über Sicherheitsbedürfnisse und Kontrollambitionen als über die Realität und die Gründe politischer Gewalt in der Weltgesellschaft. Vielleicht dienen die Verweise auf die Zonen des Aufbruchs aber auch nur der Selbstvergewisserung, dass im Westen noch alles in Ordnung sei (vgl. Isachenko 2002). Nur theoretisch fundierte empirische Forschung wird die Wissenschaft davor bewahren können, mit schnellen Thesen fatale politische Entscheidungen zu legitimieren.

20 In Bosnien-Herzegowina hat sich – mittlerweile unter reiner EU-Verwaltung – ein bürokratischer Autoritarismus entwickelt, der sehr an die Verhältnisse unter Tito erinnert (Knaus/Martin 2003); in Ost-Timor ist die lokale Bevölkerung von der Macht ausgeschlossen geblieben (Chopra 2002), und am Grad der Staatlichkeit Afghanistans hat sich seit der Intervention auch nichts Grundlegendes geändert (vgl. Cramer/Goodhand 2002).

Literatur

- Allcock, John (2000): Explaining Yugoslavia, New York.
- Azzellini, Dario/Kanzleiter, Boris (Hg.) (2003): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung, Berlin
- Bakonyi, Jutta (Hg.) (2001): Terrorismus und Krieg. Bedeutung und Konsequenzen des 11. September 2001, Arbeitspapier Nr. 4/2001, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Bayart, Jean-François/Ellis, Stephen/Hibou, Béatrice (1997): La criminalisation de l'État en Afrique, Brüssel.
- Berdal, Mats/Malone, David M. (2000): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars, Boulder.
- Bigo, Didier (2002): Security and Immigration: Towards a Critique of the Governmentality of Unease, in: Alternatives, 27: 1, 63-92.
- Böge, Volker (1999): Friedenskonsolidierung in Nachkriegszeiten. Der Fall Bougainville, Arbeitspapier 3/1999, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Bollig, Michael (1999): Afrikanische Warlords – Überlegungen zur Entstehung von Gewaltmärkten im präkolonialen und postkolonialen Afrika, in: Von Trotha, Trutz (Hg.): Krieg in Afrika. Publikation der Beiträge des Deutschen Afrikanistentages 1998 in Bayreuth, Hamburg, 32-56.
- Brühl, Tanja/Feldt, Heidi/Hamm, Brigitte/Hummel, Hartwig/Martens, Jens (Hg.) (2001): Die Privatisierung der Weltpolitik, Bonn.
- Chojnacki, Sven (2004): Wandel der Kriegsformen? Ein kritischer Literaturbericht, in: Leviathan, 32: 3, 402-424.
- Chopra, Jarat (2002): Building State Failure in East Timor, in: Development and Change, 33: 5, 979-1000.
- Collier, Paul (1999): On the Economic Consequences of Civil War, in: Oxford Economics Papers, 51: 1, 168-183.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2002): Data Issues in the Study of Conflict, CSAE Econometric and Data Discussion Paper 2002-01, Oxford.
- Cramer, Christopher/Goodhand, Jonathan (2002): Try Again, Fail Again, Fail Better? War, the State and the „Post-Conflict-Challenge“ in Afghanistan, in: Development and Change, 33: 5, 885-909.
- Crummey, Donald (Hg.) (1986): Banditry, Rebellion and Social Protest in Africa, London.
- Daase, Christopher (1999): Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert, Baden-Baden.
- De Soysa, Indra/Gleditsch, Nils Petter (1999): To Cultivate Peace: Agriculture in a World of Conflict, PRIO-Report 1/1999, Oslo.
- Djilas, Milovan (1977): Der Krieg der Partisanen. Jugoslawien 1941-1945, Molden.
- Ehrke, Michael (2002): Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 3, 135-163.
- Ellis, Stephen (1999): The Mask of Anarchy. The Destruction of Liberia and the Religious Dimension of an African Civil War, London.
- Elwert, Georg (1997): Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: Von Trotha, Trutz (Hg.): Soziologie der Gewalt (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie-Sonderheft 37), Opladen, 86-100.
- Enzensberger, Hans Magnus (1995): Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt a.M.

- Ferme, Mariane C./Hoffman, Daniel (2002): Combattants Irréguliers et Discours International des Droits de l'Homme dans les Guerres Civiles Africaines. Les cas des „chasseurs“ Sierra Léonais, in: politique africaine, Nr. 88, 27-48.
- Fisch, Jörg (1984): Die europäische Expansion und das Völkerrecht, Wiesbaden.
- Gantzel, Klaus Jürgen (2002): Neue Kriege? Neue Kämpfer?, Arbeitspapier Nr. 2/2002, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg.
- Gantzel, Klaus Jürgen/Schwinghammer, Torsten (1995): Die Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg. Daten und Tendenzen, Hamburg/Münster.
- Geffray, Christian (1990): La cause des armes au Mozambique. Anthropologie d'une guerre civile, Paris.
- Genschel, Philipp (2003): Globalisierung als Problem, als Lösung und als Staffage, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 429-464.
- Greven, Michael Th. (2003): Ausdifferenzierung oder fließende Übergänge? Politikwissenschaft zwischen Öffentlichkeit und Politik, Vortrag auf dem DVPW-Kongress in Mainz, 22.-25. September.
- Hensell, Stephan (2003): Terrorismus und Kriegsgeschehen. Thesen zum Formwandel der Gewalt in der Weltgesellschaft, in: Schreiber, Wolfgang (Hg.): Das Kriegsgeschehen 2002. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen, 11-23.
- Heupel, Monika/Zangl, Bernhard (2003): Die empirische Realität des „neuen Krieges“, Arbeitspapier 27/2003, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Bremen.
- Hnilicka, Karl (1970): Das Ende auf dem Balkan 1944/45. Die militärische Räumung Jugoslawiens durch die deutsche Wehrmacht, Göttingen.
- Holsti, Kalevi J. (1991): Peace and War: Armed Conflicts and International Order 1648-1989, Cambridge.
- Holsti, Kalevi J. (1996): The State, War, and the State of War, Cambridge.
- Huntington, Samuel (1993): The Clash of Civilizations, in: Foreign Affairs, 72: 3, 186-194.
- Huntington, Samuel (1996): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York.
- Isachenko, Daria (2002): Territory, Space and State Sovereignty: Constructed and Contested, Thesis in International and Comparative Politics, Bishkek.
- Jung, Dietrich (1995): Tradition – Moderne – Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung, Hamburg/Münster.
- Jung, Dietrich (Hg.) (2003): Shadow Globalization, Ethnic Conflict and New Wars: A Political Economy of Intra-State War, London.
- Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens (2003): Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2002), Wiesbaden.
- Kahl, Martin/Teusch, Ulrich (2004): Sind die „neuen Kriege“ wirklich neu?, in: Leviathan, 32: 3, 382-401.
- Kalyvas, Stathis (2001): „New“ and „Old“ Civil Wars: A Valid Distinction?, in: World Politics, 54: 1, 99-118.
- Kalyvas, Stathis (2003): The Ontology of „Political Violence“: Action and Identity in Civil Wars, in: Perspectives and Politics, 1:3, 475-494.
- Kaplan, Robert (1994): The Coming Anarchy, in: Atlantic Monthly, Nr. 273, 44-76.
- Kaplan, Robert (1996): Reisen an die Grenzen der Menschheit. Wie die Zukunft aussehen wird, München.

- Kaufmann, Franx-Xaver* (2004): Sozialstaatliche Solidarität und Umverteilung im internationalen Wettbewerb, in: Beckert, Jens/Eckert, Julia/Kohli, Martin/Streeck, Wolfgang (Hg.): Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen, Frankfurt a.M./New York, 51-69.
- Keen, David* (2003): Greedy Elites, Dwindling Resources, Alienated Youths: The Anatomy of Protracted Violence in Sierra Leone, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 2, 67-94.
- Knaus, Gerald/Martin, Felix* (2003): Travails of the European Raj, in: Journal of Democracy, 14: 3, 60-74.
- Kurtenbach, Sabine* (1991): Staatliche Organisation und Krieg in Lateinamerika. Ein historisch-struktureller Vergleich der Entwicklung in Kolumbien und Chile, Münster/Hamburg.
- Le Billon, Philippe* (2000): The Political Economy of War. An Annotated Bibliography, HPG Report 1/2000, Overseas Development Institute, London.
- Leidenmüller, Franz* (Hg.) (2003): Krieg gegen den Terror? Konsequenzen für das 21. Jahrhundert, Idstein.
- Lipschutz, Ronnie D.* (1999): Terror in the Suites: Narratives of Fear and the Political Economy of Danger, in: Global Society, 13: 4, 411-438.
- Lock, Peter* (2002): Gibt es ökonomische Strukturen, die Gewalt und Terror hervorbringen? Thesen für die Tagung „Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors“, Evangelische Akademie Loccum, 25. September 2002, Ms.
- Lyons, Tanya* (2004): Guns and Guerrilla Girls. Women in the Zimbabwean National Liberation Struggle, Trenton.
- Mamdani, Mahmood* (2004): Good Muslim, Bad Muslim: America, the Cold War, and the Roots of Terror, Kampala.
- Marchal, Roland* (2000): Atomisation des fins et radicalisme des moyens. De quelques conflits africains, in: Critique internationale, Nr. 6, 159-175.
- Marchal, Roland* (2003): Conclusion, in: Marchal, Roland/Hassner, Pierre (Hg.): Guerres et sociétés. État et violence après la Guerre froide, Paris, 356-379.
- Marchal, Roland/Messiant, Christine* (1997): Chemins des guerres et de la paix, Paris.
- Marchal, Roland/Messiant, Christine* (2001): Les guerres civiles à l'ère de la globalisation. Nouvelles réalités et nouveaux paradigmes, in: Critique internationale, Nr. 18, 91-112.
- Martínez, Luis* (1998): La guerre civile en Algérie, Paris.
- McKenna, Thomas* (1998): Rebellion in the Philippines, Berkeley.
- Mégret, Frédéric* (2003): „Krieg“? Völkerrechtssemantik und der Kampf gegen den Terrorismus, in: Kritische Justiz, 35: 2, 157-179.
- Migdal, Joel S.* (1988): Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World, Princeton.
- Münkler, Herfried* (2002): Die neuen Kriege, Reinbek.
- Musah, Abdel-Fatau* (2002): Privatization of Security, Arms Proliferation and the Process of State Collapse in Africa, in: Development and Change, 33: 5, 911-933.
- Nordstrom, Carolyn* (2004): Shadows of War. Violence, Power and International Profiteering in the Twenty-First Century, Berkeley.
- Ottaway, Marina* (2002): Rebuilding State Institutions in Collapsed States, in: Development and Change, 33: 5, 1001-1023.
- Phongpaichit, Pasuk/Baker, Cris* (1998): Thailand's Boom and Bust, Bangkok.
- Pugh, Michael/Cooper, Neil* (Hg.) (2004): War Economies in a Regional Context. Challenges of Transformation, Boulder.

- Ramonet, Ignacio* (2002): Kriege des 21. Jahrhunderts. Die Welt vor neuen Bedrohungen, Zürich.
- Richards, Paul* (1996): Fighting for the Rain Forest: War, Youth, and Resources in Sierra Leone, Oxford.
- Ruf, Werner* (Hg.) (2003): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg, Opladen.
- Said, Edward* (1990): Orientalism. Western Conceptions of the Orient, London.
- Schlichte, Klaus* (1996): Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Hamburg/Münster.
- Schlichte, Klaus* (2002): Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 9: 1, 113-138.
- Schlichte, Klaus* (2005a): Was kommt nach dem Staatszerfall? Die Gewaltordnungen in Uganda seit 1986, in: afrika spektrum, 40: 1, 83-113.
- Schlichte, Klaus* (2005b): Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika, Frankfurt a.M./New York
- Schlichte, Klaus/Wilke, Boris* (2000): Der Staat und einige seiner Zeitgenossen: Zur Zukunft des Regierens in der „Dritten Welt“, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 7: 2, 359-384.
- Schneckener, Ulrich* (2003): Staatszerfall als globale Bedrohung. Fragile Staaten und der transnationale Terrorismus, in: Internationale Politik, 58: 11, 11-19.
- Schneckener, Ulrich* (2004): States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem, SWP-Studie 2004/S 43, Berlin.
- Siegelberg, Jens* (1994): Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster/Hamburg.
- Singer, Peter W.* (2003): Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry, Ithaca.
- Todorov, Tzvetan* (1989): Nous et les autres. La réflexion française sur la diversité humaine, Paris.
- Todorova, Maria* (1997): Imagining the Balkan, Berkeley.
- Van Creveld, Martin* (1998): Die Zukunft des Krieges, München.
- Wade, Robert H.* (2005): Failing States and Cumulative Causation in the World System, in: International Political Science Review, 26: 1, 17-36.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael* (2003): Frieden und Krieg, Frankfurt a.M.